



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/251 - 28.10.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

Zur Rede Erich Ollenhauers	S. 1
Frankreich und die EVG	S. 3
Neue Frontbildungen in Niedersachsen	S. 5
Der "Industrie-Warndienst"	S. 7

Konstruktiv und undogmatisch

(sp) Der neue Bundestag hat den ersten Tag einer großen politischen Aussprache gut bestanden. Merkmale, die sich vielleicht als typisch erweisen werden, waren die Rückführung der Auseinandersetzung auf den einen entscheidenden Gegensatz zwischen Regierung und Opposition - es gibt keine Renner und Loritze mehr - und dadurch, aufs Ganze gesehen, ein Zug zu größerem Ernst und größerer Sachlichkeit. Das kann für die Dauer von Vorteil sein - wenn auch vielleicht auf Kosten des unterhaltenden Teiles.

Bei dieser Zusammensetzung des Bundestages ist das kein Wunder. Nach der Regierungserklärung bestand erwartungsvolles Interesse eigentlich nur noch für die Stellungnahme der Opposition, vom Sprecher der CDU/CSU, von Brentano, war billigerweise nichts anderes als eine Paraphrase, eine aufs Formale beschränkte Abwandlung der Rede des Kanzlers zu erwarten, mit einigen aus der Parteisicht her erklärbaren besonderen Akzenten und polemischen Wendungen. Die Sprecher der übrigen Koalitionsparteien haben die undankbare Aufgabe, einen Rest von selbständiger Meinung demonstrieren zu müssen, ohne daß sie, so wie die Dinge liegen, damit überzeugen konnten.

Im Mittelpunkt stand die fast zweistündige Rede Ollenhauers. Es war sicher kein Zufall, sondern entsprach der Rangordnung in

der Bedeutung der Probleme, wenn Ollenhauer, ausgehend vom Wahlergebnis des 6. September, das er selbstverständlich vollkommen respektierte, die ersten 20 Minuten der Freiheit in der Demokratie widmete, ihrer denkbaren Gefährdung und einigen bereits aufgetauchten unerfreulichen Symptomen dieser Art; gleichzeitig aber auch von einer neuen Chance für das normale Funktionieren der Demokratie sprach. Vernünftiger und angemessener Gebrauch oder aber Mißbrauch des gewonnenen politischen parlamentarischen Einflusses werden über den weiteren Lauf der Dinge entscheiden. Diese Entscheidung wird in erster Linie bei der Regierung und ihrer weitaus größten Partei liegen. Die zweite Mahnung Ollenhauers, die der ersten unmittelbar folgte, war die, nicht gedanklos das deutsche Volk und Deutschland, wie es leider immer wieder geschieht, mit der Bevölkerung in der Bundesrepublik und diesem provisorischen Gebilde selbst gleichzusetzen.

Stark ins Grundsätzliche gingen auch Ollenhauers Ausführungen zur Außenpolitik. Er begrüßte die Möglichkeit eines künftigen besseren Zusammenarbeitens zwischen Regierung und Opposition, stellte aber die unerläßlichen Voraussetzungen dafür ganz klar heraus: Sachliche Klärung vorhandener Meinungsverschiedenheiten und "laufende und umfassende Information der Opposition über die internationalen Vorgänge und die Pläne und Aktionen der Regierung". Er wandte sich scharf gegen unzutreffende Behauptungen des Kanzlers, wie seine Bemerkung, die SPD habe in einer Reihe mit den Kommunisten und anderen Gruppen sich den sogenannten "Ohne-mich"-Standpunkt gegenüber der Notwendigkeit der Verteidigung zu eigen gemacht, oder auch die andere These Adenauers, die Gegnerschaft zu den spezifischen Formen seiner Integrations-Politik (Montan-Union und EWG) bedeute "die Bereitschaft auf die Freiheit zu verzichten und ganz Deutschland in die Hände der Sowjetunion zu geben".

Genugtuung, wenn auch zurückhaltend geäußert, kennzeichnete die Stellen der Rede, in denen der Oppositionsführer darauf hinweisen konnte, daß in einer ganzen Reihe von Punkten (baldige Viermächte-Konferenz, rechtzeitige Behandlung auch des künftigen Status Deutschlands im Verhältnis zu allen seinen Nachbarn, das Sicherheitsbedürfnis auch der Sowjetunion u.a.m.) alte sozialdemokratische Ansichten und Forderungen schließlich von der amtlichen Politik der Westmächte übernommen worden sind. Einen Höhepunkt bildeten in diesem Teil die

Forcierung nach der Mitgliedschaft eines freien und wiedervereinigten Deutschlands in die Vereinten Nationen und die weiteren Bemerkungen in unmittelbarem Zusammenhang mit diesem Vorschlag.

Zwischen den beiden Hauptpolen - dem Eintreten für eine gesicherte demokratische Ordnung in voller Geistesfreiheit und für ein wiedervereinigtes Deutschland im Kreise der Vereinten Nationen - lag eine Fülle von praktischen Forderungen, Vorschlägen und Wünschen, mit denen Ollenhauer auf die Regierungserklärung vom 20. Oktober einging, gerade auch soweit der Bundeskanzler damals einige wesentliche Fragen völlig unerwähnt ließ, wie etwa die Forderung nach einer Neuordnung der Besitzverhältnisse in den Grundstoffindustrien, die noch ein wesentlicher Programmpunkt der Regierungserklärung vom September 1949 gewesen war. Das gleiche gilt für das auffällige Schweigen des Kanzlers im Hinblick auf die bevorstehende gesetzliche Regelung z.B. Rundfunk- und Pressewesen.

Einen breiten Raum nahm die kritische Durchleuchtung des weiten Gebietes der Wirtschafts- und der Sozialpolitik in allen ihren zahlreichen Einzelercheinungen und Sonderbereichen ein. Besonders interessant war die Stelle, die Ollenhauer selbst "den Kernpunkt dieser Auseinandersetzung" nannte, der Hinweis nämlich, daß jede ernsthafte Diskussion über zweckmäßige Maßnahmen der Wirtschaftspolitik erschwert und damit die ganze Atmosphäre vergiftet werden, "wenn wir so tun, als wenn man die Wirtschaft nach gewissen weltanschaulichen Prinzipien - hier freie Marktwirtschaft, hier Planwirtschaft - betreiben könne. Die Wirtschaft der modernen Industriestaaten ist so kompliziert und differenziert, daß man ihr mit einseitigen Prinzipien und Schlagworten nicht gerecht wird. Es ist unzutreffend, wenn behauptet wird, die Sozialdemokratie sei Anhänger der Planwirtschaft und damit Gegner des freien Wettbewerbs".

Jeder, der diese erste große Rede des sozialdemokratischen Oppositionsführers im neuen Bundestag gehört oder gelesen hat, wird zugeben müssen, daß sie konstruktiv, undogmatisch und streng sachlich war. Ernste und wohlbegründete Sorge, hohes Verantwortungsbewußtsein und Loyalität gegenüber einem Manne und einer in ihren wichtigsten Mitgliedern erneuerten Regierung kamen in ihr zum Ausdruck, die durchaus nicht immer von sich aus dazu beigetragen haben, diese Haltung zu fördern. Umso höher ist sie anzurechnen. Die Rede hat gewiß nicht nur der Kreis der sozialdemokratischen Wähler vom 6. September angesprochen und überzeugt, sondern, so glauben wir, darüber hinaus unzählige Menschen, bei denen das Ergebnis der letzten Bundestagswahl mit dem vorherrschenden Erfolg einer Partei Unbehagen und Unsicherheit bei der Bewertung der künftigen Aussichten der parlamentarischen Demokratie in Westdeutschland ausgelöst hat.

Frankreich vor der Entscheidung

G.S.-Paris, Ende Oktober

Der Kampf um die Ratifizierung des EVG-Vertrages ist in Frankreich in eine entscheidende Phase eingetreten. Außenminister Bidault hat zum ersten Mal erklärt, daß er persönlich Anhänger des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft sei, nicht ohne hinzuzufügen, daß die Saarfrage und "die Rolle Großbritanniens" zu dieser Frage "vorher geklärt" werden müßten. Wenn nicht alles täuscht, wird mit Großbritannien eine Basis gefunden werden, die zwar nicht eine aktive Mitarbeit Großbritanniens an der EVG, jedoch zumindest eine "Garantieerklärung" beinhaltet, die die französische Regierung dringend benötigt, ohne sich jedoch Illusionen zu machen: Niemand rechnet hier damit, daß Großbritannien mehr als nur ein Lippenbekenntnis zur EVG abgeben könnte.

Was die Saarfrage anbelangt, so wird damit gerechnet, daß Bundeskanzler Adenauer entweder in eine "Europäisierung" oder aber in eine Formel einwilligen wird, die die wirtschaftlichen Privilegien Frankreichs in der Saar respektiert. Man ist in Paris davon überzeugt, daß die "scharfen" Erklärungen Adenauers zum Saarproblem für den "inneren Gebrauch" bestimmt sind und daß es Adenauer unmöglich sei, wirklich konsequent die These zu vertreten, daß die Saar wieder an Deutschland angeschlossen werden müßte. Obwohl die französische Presse (besonders die, die gegen den EVG-Vertrag eintritt) ihre Leser mitunter vom Gegenteil überzeugen möchte.

Während die französische Regierung (oder zumindest die Mehrheit der Minister) mit vollen Segeln auf die Ratifizierung des EVG-Vertrages zusteuern scheint, hält die französische Öffentlichkeit nicht Schritt. Die Kommunistische Partei Frankreichs, die ein feines Ohr für diese Dinge hat, gab eine feierliche Erklärung ab, die angesichts der Stimmung in Frankreich ihr Gewicht hat. Sie erklärte sich bereit, "mit aller, auch auf parlamentarischer Ebene, zusammenzuarbeiten, die gegen den EVG-Vertrag sind". In einer großen, von den Kommunisten aus diesem Anlaß einberufenen Kundgebung konnte der Versammlungsleiter Zustimmungserklärungen von Männern verlesen, die absolut nichts mit den Kommunisten zu tun haben: Daladier, der Nationalist Louis Marin, Männer, die

Horriot nahestehen, Persönlichkeiten, die ihren Rat bei de Gaulle einholen, Politiker fast aller Parteien erklärten sich faktisch bereit, mit den Kommunisten gegen die Ratifizierung des EVG-Vertrages zusammenzuarbeiten.

Während also Bidault nach der Londoner Konferenz für die europäische Armee Stellung nahm, wuchs in der Öffentlichkeit die Kampagne gegen den EVG-Vertrag. Eine liberale Zeitung wie "Combat" nahm zu der "Drohung", daß Deutschland im Falle der Nicht-Ratifizierung direkt der NATO beitreten könnte, Stellung und sagte rundheraus, daß Frankreich in der Lage sei, diesen "Schlag zu parieren"; bekanntlich genügt ja das Veto eines Landes innerhalb der NATO, um die Aufnahme eines neuen Mitgliedes zu verhindern. Andere Blätter vertraten die Auffassung, daß die Vereinigten Staaten "nicht allzu sehr" auf die Aufnahme Deutschlands in die NATO im Falle einer Ablehnung des EVG-Vertrages durch Frankreich drängen sollten, denn schließlich befänden sich in Frankreich die "Hauptstützpunkte der amerikanischen Truppen in Europa", und Frankreich bleibe, "was auch kommen möge", der Hauptalliierte der Vereinigten Staaten in Europa ...

Wir wissen nicht, wie das französische Parlament sich schließlich entscheiden wird. Das wird, zum großen Teil, auch von innerpolitischen Fragen, und nicht zuletzt vom Ausgang des hinter den Kulissen betriebenen Spiels um die Wahl des Präsidenten der Republik abhängen. Doch kann mit einiger Sicherheit gesagt werden, daß der EVG-Vertrag im französischen Volk nicht populär ist und daß eine Volksabstimmung über diesen Vertrag ein negatives Resultat ergeben würde.

Angesichts dieser Stimmung in der Öffentlichkeit, angesichts der Tatsache, daß in allen Parteien eine Mehrheit oder eine Minderheit für oder gegen den EVG-Vertrag vorhanden ist, wird die französische Regierung zum Lavieren gezwungen sein. Insbesondere ist kaum anzunehmen, daß die Ratifizierung noch in diesem Jahr erfolgen kann, denn Präsident Vincent Auriol, der im Dezember sein Amt abtreten wird, hat ziemlich deutlich zu verstehen gegeben, daß er während seiner Amtszeit "diesen Vertrag" nicht ratifiziert sehen möchte. Kein Druck (von außen) dürfte ausreichend sein, um diesem Willen entgegenzuhandeln.

Eine merkwürdige Situation immerhin in einem Land, auf das ein

ungeheurer Druck für die Ratifizierung des EVG-Vertrages ausgeübt wird: Die beiden höchsten Beamten dieses Staates, Vincent Auriol und Edouard Herriot, sind eindeutig dagegen. Die Öffentlichkeit ist es gleichfalls, und nicht zuletzt haben viele jener, die dafür sind, ein nicht sehr ruhiges Gewissen: Der Wahlerfolg Adenauers hat die Gemüter in Frankreich nicht beruhigt, sondern im Gegenteil aufgestachelt. War dieser Sieg nicht unmittelbar von einer beruhigenden Erklärung gefolgt? In Frankreich ist noch nichts entschieden ...

+ + +

Vom Zaun gebrochener Kulturkampf

-dt - Hannover

Wenige Stunden nachdem Niedersachsens Landesvater Kopf zu einem Staatsbesuch nach London abgeflogen war, beschloß der Landesausschuß des BHE mit 107 gegen fünf Stimmen, weiterhin in der Koalition mit der SPD zu verbleiben und die Anträge der "Bonner" Parteien abzulehnen, mit deren Hilfe Kopf gestürzt und der Landtag aufgelöst werden sollte. Über diese beiden Anträge soll am 4. November im Landtag abgestimmt werden.

Der Entschluß des BHE konnte nach der letzten Landtagssitzung nicht überraschen. Bereits damals hatte der Sprecher des BHE angedeutet, daß er von den beiden Anträgen nicht viel halte, hatte aber seiner Fraktion Handlungsfreiheit bis zum 4. November vorbehalten. Überraschend an dem Beschluß des Landesausschusses ist jedoch die geringe Zahl der Nein-Stimmen. Bisher war es im BHE häufig so, daß die Minister ihre Beschlüsse im Kabinett gegenüber der Fraktion und die Fraktion ihre Stimmenabgabe im Landtag gegenüber dem Landesausschuß behaupten mußten. Daß nur fünf Mitglieder des Landesausschusses gegen ein weiteres Zusammenarbeiten mit den Sozialdemokraten waren, entzieht einen innerhalb des BHE oft gehörten Argument die Grundlage, der Behauptung nämlich, daß die Wahlverluste des BHE auf die Koalition mit der SPD zurückzuführen seien. Für einen Beobachter, der über die Landesgrenzen von Niedersachsen hinaus sah, entbehrte diese Behauptung seit langem jeder Logik. In Niedersachsen, wo der BHE mit der SPD zusammenarbeitet, verlor er rund 20 Prozent seiner Wähler; in Schleswig-Holstein dagegen, im Geburtsland des BHE und mit den bürgerlichen Parteien koaliert, büßte diese Partei rund 50 Prozent ihrer Stimmen ein. Welche

Zusammenarbeit war also dem BHE abträglicher ?

Unter den Gründen, die der Landesvorsitzende des niedersächsischen BHE Minister Kessel, für den Beschluß des Landesausschusses nannte, war auch der Hinweis zu finden, daß es nicht sicher sei, ob die FDP-Fraktion geschlossen einen Regierungswechsel mitmachen würde. Es handelt sich dabei nicht nur um die sogenannte liberale Gruppe, sondern auch um den größten Teil der Stegner-Gruppe, der in der letzten Landtagsitzung klar wurde, was sie von der CDU und DP trennt. Das ist das heiße Eisen Kulturpolitik. Die FDP hat bei der Behandlung des von der Regierung eingebrachten, völlig unpolitischen "Schulverwaltungsgesetz" eine Erfahrung machen müssen, die ihr auf Bundesebene noch bevorsteht, seit es ein Familien-Ministerium gibt: Daß die protestantischen Politiker der CDU und DP durchaus geneigt sind, sich in Fragen der Kulturpolitik in das Schlepptau der katholischen Bischöfe von Hildesheim und Münster nehmen zu lassen. Das hat die freien Demokraten so in Harnisch gebracht, daß sie die Initiative zu einem Gesetz mit dem Tenor "Gemeinschafteschule" ankündigten. Die Ankündigung begegnet sich mit der Absicht der Regierung Kopf, etwa im Dezember ebenfalls einen entsprechenden Gesetzentwurf einzubringen, der im Gegensatz zum "Schulverwaltungsgesetz" die Schulverhältnisse von der kulturpolitischen Seite her regeln soll.

Die CDU- und DP-Politiker, die bei der Diskussion des Schulverwaltungsgesetzes vorzeitig und völlig unversehens mit Kulturkampf-Parolen aufwarteten, haben sich in eine bedenkliche Isolierung manövriert: Sie haben sich einer geschlossenen Front von SED, BHE und FDP gegenüber. Nun hat sich auch der Landesbischof von Hannover, Dr. Lilje, von solcher Bestrebungen distanziert. Seine Kirche, erklärte er vor einer Versammlung evangelischer Lehrer, begehre die Wiederkehr der geistlichen Schulaufsicht nicht; die Klerikalisierung der Kultur sei nicht das Ideal der Kirche. Der Evangelische Pressedienst, der darüber berichtete, betonte den starken Beifall, den der Bischof von seinen Zuhörern erhielt.

In Osnabrück hat Dr. Hofmeister, Kandidat der CDU für den Posten Kopfs, erklärt, Hauptziel seiner Partei sei "die Überwindung der Machtstellung der Sozialdemokratie in Niedersachsen". Zumindest im Landtag wird Hofmeister diesem Ziel in den nächsten Monaten nicht näherkommen. Der BHE hat ihm eine Absage erteilt, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Die FDP aber drängt er mit den Kulturkampf-Parolen der Wiederdeutschen Union von selbst an die Seite der SED.

Sorgfaltspflicht vernachlässigt

(sp) In Bonn wird ein vervielfältigter sogenannter "Industrie-Warndienst" herausgegeben, der es zu seiner Aufgabe macht, die Unternehmungen der Industrie über die getarnte und offene, betriebliche und öffentliche Aktivität der Kommunisten zu unterrichten. Dabei bedienen sich die Herausgeber offenbar aller erreichbaren Informationen - einschließlich solcher aus der KP-Pressé und den Sowjetzonenpublikationen -, ohne sich große Mühe damit zu geben, sie auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen. Auf diese Weise wird, wenn auch mit der durchaus anzuerkennenden Absicht, einen Beitrag zum Kampf gegen den Kommunismus leisten zu wollen, in Wahrheit der kommunistischen Aktivität Vorschub geleistet. Dieses geschieht nämlich, indem unbescholtene Personen zu Unrecht politisch diffamiert werden oder Organisationen in den Ruf gebracht werden, kommunistisch unterwandert zu sein.

In einer 75 Seiten langen "Warnliste", die angeblich das "Arbeitsergebnis zweijähriger Beobachtungen" enthält und vor einigen Wochen an die Bezieher des "Industrie-Warndienstes" versandt wurde, befanden sich unter den mehr als 1000 Namen von KP-Verdächtigen acht Namen von angeblichen Sozialdemokraten, die nachweislich entweder seit Jahren aus der SPD ausgeschlossen sind, oder ihr überhaupt niemals angehört haben. Diese Feststellungen hätten von den Mitarbeitern durch Rückfrage bereits vor Herausgabe der Liste schnell getroffen werden können. Daß dieses nicht geschehen ist, unterstreicht die nicht zu überschende Gefahr der Diffamierung, die darin besteht, daß sich private Gruppen damit befassen, ohne Überprüfung der politischen Zugehörigkeit einzelner Personen, Namenlisten in Umlauf zu setzen.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau